

Adorfer Wochenblatt.

Mittheilungen

über örtliche und vaterländische Angelegenheiten.

Sechzehnter Jahrgang.

Preis für den Jahrgang bei Bestellung von der Post: 1 Thaler, bei Bestellung des Blattes durch Botengelegenheit: 25 Ngr.

N^o 15.

Mittwoch, den 9. April

1851.

Tagesgeschichte.

Den „Hamb. Nachr.“ schreibt man aus Dresden vom 1. April: Mit dem heutigen Tage kann man die hiesigen Conferenzen zur Feststellung einer Verfassung für Deutschland in diesem Sinne als vollständig gescheitert betrachten. Von Seiten Preußens hat man die Hoffnung aufgegeben, hier etwas Neues entstehen zu sehen. Graf Alvensleben hat es dieser Tage den Bevollmächtigten in unofficialer Weise angedeutet, daß Preußen sich dahin entschieden habe, nunmehr den alten Bundestag in seiner ursprünglichen Form wieder zusammentreten zu lassen. Zu diesem Zweck hat die preussische Regierung unterm 27. v. M. ein Circularschreiben an sämtliche ihr verbündete Regierungen erlassen, worin sie dieselben zur sofortigen Ernennung eines Bundestagsgesandten auffordert, der sich schon in der nächsten Zeit an den Sitz des ehemaligen, jetzt wiedererstandenen Bundestags zu begeben habe. Die Motive dieser plötzlichen Metamorphose der preussischen Politik werden in der Note dahin entwickelt, daß trotz aller Anstrengungen Preußens, etwas Günstiges bei den Dresdener Conferenzen zu Stande zu bringen, trotz der ernstlichsten Bestrebungen und aufrichtigsten Bemühungen ein Erfolg nicht in Aussicht gestellt werden könne. Obwohl nun die Unterhandlungen noch fortgeführt werden sollten, so stehe doch eine Einigung, auf die in Dresden entworfenen Vorschläge so wie auf andere Pläne hin, nicht im Bereich der Wahrscheinlichkeit, da die Hindernisse zu mannichfacher und gewichtiger Natur seien, um solchen Erwartungen noch länger Raum zu geben. Da nun aber die Verhältnisse drängten und Deutschland nicht noch länger ohne ein Centralorgan sein könne, indem sowohl die äußeren Verhältnisse wie die innern Angelegenheiten die schleunige Einsetzung eines solchen als unabweisliche Pflicht und Nothwendigkeit erheischen, ein anderer Ausweg aber nicht vorhanden sei, so halte Preußen diesen Weg nicht nur für den geeignetsten, sondern auch als durch die Verhältnisse geboten und für den erspriesslichsten für Deutschland. Die Dresdener Conferenzen sollen ihren ungehemmten Fortgang haben und das dort gewonnene Material soll bei der Reorganisation des Bundes in Frankfurt be-

nutzt werden, so weit solches den Verhältnissen angemessen und so weit es die Genehmigung der Regierungen erhalten wird. Dem Vernehmen nach soll es der Wunsch Preußens sein, daß schon zum 15. d. M. die Bundesversammlung wieder vollzählig sei. Hier ist man der Ansicht, daß zwar noch einige formelle Schwierigkeiten von Oesterreich und vornämlich von Baiern werden erhoben werden, jedoch lediglich zu dem Zweck, um die Inconsequenz Preußens recht grell hervortreten zu lassen und es so in der öffentlichen Meinung des Auslandes und Inlandes noch mehr zu discreditiren, andererseits aber auch um Revange zu nehmen für die frühere Opposition Preußens gegen denselben Antrag Seiten Oesterreichs und seiner Verbündeten.

Mit der hiesigen Versammlung wird es ähnlich gehen wie mit dem Erfurter Parlament, dessen Beratungen man auch für die Zukunft benutzen wollte. Von jetzt an haben die Dresdner Verhandlungen alle und jede Bedeutung verloren und das Material wird wohl zu den vielen andern Verfassungs- und Gesetzesvorschlägen der letzten Jahre in die Archive gelegt werden.

Ein höchst wichtiger Punkt ist der, daß gleichzeitig mit dem Vorgehen Preußens auf diesem Wege das Project des Eintritts des österreichischen Gesamtstaates in den Bund von dieser Seite aufgegeben worden ist. Allein ganz abgesehen hiervon, kann ich Ihnen die zuverlässige Mittheilung machen, daß jenes Project des Gesamteintritts an den sehr entschiedenen Aeußerungen der beiden Gesandten von Frankreich und England, und ganz besonders des Lord Cowley „als gänzlich gescheitert zu betrachten ist“ und Oesterreich sich jetzt nur noch bemüht, durch allmähliches Einlenken bei den Unterhandlungen seinen Rückzug möglichst zu maskiren.

Die „Kreuzzeitung“ giebt eine ähnliche Nachricht und fügt hinzu, daß außerdem die preussische Regierung auch der österreichischen in einer Note mitgetheilt habe, „daß sie, da die Verhandlungen über die fernere Organisation der Bundescentralgewalt sich so sehr in die Länge zögen und Deutschland einer solchen kaum länger entbehren könnte, sich entschlossen habe, den Bundestag zu beschicken.“

schulde
nathurlich
die rede
und von
dowol
schulde
nathurlich

Es liegt sehr nahe, daß die auf telegraphischem Wege aus Frankfurt a. M. nach Berlin gelangte Nachricht, wonach der österreichische Bundestagsgesandte Graf Thun gestern plötzlich durch den Telegraphen nach Wien gerufen und bereits gestern Abend dorthin abgereist ist, mit der veränderten Sachlage in der deutschen Frage zusammenhängt.

So sehr man sich nun auch damit beeilt, nach so vielen vergeblichen Anstrengungen und ungeheuern dem Volke auferlegten Opfern die früher offenstehende Position wieder zu gewinnen, so fürchtet doch das Berliner „E.-B.“ noch Widersprüche Seiten Oesterreichs und Baierns, die wenigstens officiell die Deduktion noch nicht aufgegeben haben, nach welcher den Regierungen, die früher den Bundestag zu beschicken verweigert hätten, das Recht, jetzt auf den Bundestag zurück zu kommen, nicht unbedingt und unbestritten zustehe. — Nicht minder ist es bekannt, in welcher Weise Fürst Schwarzenberg das Rechtsverhältniß der von Preußen aufgestellten Zugeständnisse, wie sie gegen andere Bedingungen in Warschau und Olmütz gemacht worden sind, aufsaßt. So namentlich soll das Zugeständniß des Gesamteintritts Oesterreichs gelten unter allen Umständen. — Es ist hier Boden für neue unfruchtbare Differenzen. Da zunächst nur die Restituirung des alten Bundes vorliegt, so werden Preußen wie Oesterreich in diesem alten Bunde auch nur die alten Rechte und Pflichten haben, wohin auch gehört, daß nur das deutsche Oesterreich und Preußen ohne die Provinzen Posen und Preußen deutsche Bundesstaaten sind. Ernsthaft wird Oesterreich nur seine gegentheiligen Deduktionen, wie die Verhältnisse liegen, schwerlich eintreten. Genug wenn es sich für die Folgezeit eine Hinterthür aufzuhalten versucht. Für jetzt wird man die Dinge nicht auf die Spitze treiben.

Auch der Hannoverische Correspondent der „D. A. Z.“ bestätigt jetzt die unsern Lesern bereits bekannten Nachrichten über den gegenwärtigen Stand der deutschen Verhältnisse. Es ist Dies, da dieser Correspondent zu den Gutunterrichteten gehört, nicht ohne Bedeutung. Auch er erklärt, daß an einen Gesamteintritt Oesterreichs nicht mehr zu denken sei und daß Alles, was in dieser Hinsicht etwa noch versucht werden würde, nur dazu diene, den Rückzug zu maskiren.

Als Gegenstand der letzten Plenarsitzung wird von den „Hamb. Nachr.“ die Vorlage des Entwurfs der vierten Commission bezeichnet, die sich bekanntlich mit der Organisation des Bundesgerichts beschäftigte. Diese Vorlage ward den Mitgliedern zum Einfordern eines Gutachtens Seiten ihrer resp. Regierungen übergeben. Auch sollen noch einige andere Gegenstände zur Sprache gekommen sein, die sich auf die letzten wesentlichen Veränderungen in der Stellung der Versammlung beziehen. Genaueres haben wir darüber noch nicht in Erfahrung bringen können.

Es wird uns versichert, daß neben den zwischen Oesterreich und Preußen wechselnden Noten noch auf anderem, directerem Wege über einzelne Punkte der verschiedenen Entwürfe und namentlich in Betreff der

Executivgewalt unterhandelt wird. Nun soll man auch die Unterhandlung auf Grundlage des letzten Vorschlages, eine Executive aus 5 Faktoren mit 7 Stimmen zu bilden, abgebrochen haben und es dem in Frankfurt zusammentretenden Bundestag überlassen wollen, eine Executive zu organisiren. Als Basis derselben wird von Seiten Preußens der reine Dualismus bezeichnet, weil man gesehen hat, daß jeder andere Versuch nur zu einer Verstärkung Oesterreichs führen muß. Ob aber zu dieser dualistischen Executive die Könige und die Kleinstaaten ihre Zustimmung geben werden, ist sicher noch sehr fraglich.

Der Entschluß Preußens, den Bundestag zu berufen, ist, wie wir nachträglich erfahren, schon in der letzten nach Wien abgegangenen Note angedeutet und scheint dort keinen Widerstand hervorgerufen zu haben. Die Erwiderung auf diese Note österreichischerseits dürfte demnach mehr formeller Natur sein und in der eigentlichen Streitfrage nichts entscheiden.

Die ganze Angelegenheit liegt jetzt offen und frei zur Beurtheilung: der Bundestag wird noch in diesem Monat unter österreichischem Vorsitz eröffnet werden und die ersten dort zu pflegenden Verhandlungen werden die Organisation einer Executivgewalt betreffen; die hiesigen Conferenzen berathen fort, bis es den Großmächten gefallen wird, ihre Deputirten abzuberufen und das Material nach Frankfurt zu übernehmen. Ob dann in Frankfurt noch eine Reorganisation der Bundesverfassung erstrebt werden wird, ist eben so zweifelhaft, wie es gewiß ist, daß das Gelingen dort mit denselben Schwierigkeiten verknüpft sein wird, an denen es hier scheiterte.“

So völlig gebnet, wie es nach dieser Mittheilung scheint, dürfte jedoch der von Warschau über Olmütz und Dresden endlich nach Frankfurt eingeschlagene Weg noch nicht sein. Nach dem „E.-B.“ haben ihre Zustimmung zur Beschickung des Bundestages bereits erklärt: Sachsen-Meiningen, Altenburg, Coburg-Gotha, Weimar, Reuß, Frankfurt, Bremen, Lübeck und Baden. Die Regierung des letztgenannten Staates hat dem Vernehmen nach Hrn. v. Marschall II. bereits zum Bundestagsgesandten ernannt. Bei Hessen-Darmstadt und den Mecklenburgs liegt es außer Zweifel, daß dieselben ebenfalls sofort mit Preußen den Bundestag beschicken werden. Für Dänemark und die Niederlande erscheint in Rücksicht auf ihre Bundesgebiete die alte Bundesform als die erwünschteste. Hannover, das bei dem bisherigen sogenannten, während der Dresdner Conferenzen suspendirten Bundestage schon fungirte, wird sich sicher der preussischen Auffassung in Betreff des Zurückgehens auf den Bundestag anschließen. Anders möchten, wie das „E.-B.“ weiter bemerkt, auch fernerhin die Anhänger Oesterreichs, Baiern, Sachsen, Württemberg, Kurhessen deduciren. Die Berufung Thuns nach Wien gelte orientirten Personen, als ein neuer Beweis, daß man von dieser Seite nicht gewillt sei, die Bestreitung des von Preußen und seinen Bundesgenossen in Anspruch genommenen Rechts auf Rückkehr zum Bundestage fallen zu lassen.

Aus und für Neufkirchen.

In der Voraussetzung, daß sich das Adorfer Wochenblatt wider bald und mehr in Neufkirchen einbürgern werde, erlaube ich mir hier von Einigen zu berichten, was dem Vernehmen nach, von den hiesigen Verwaltungsbehörden beabsichtigt wird, und zugleich von dem, was, wenn auch vor der Hand, einzelne Bürger wünschen.

Zu den wichtigern Veränderungen, welche der Stadtrath jetzt eingeleitet hat, gehört zunächst die in Betreff der Classensteuerbeiträge. Es soll nämlich jedes Gewerbe, eine nach einer bestimmten Scala aufgestellten Antheilsumme zur Classensteuer bezahlen, und diese Summe je nach der Einträglichkeit und Beträchtlichkeit der verschiedenen Gewerbe, von je ein oder zwei Personen jedem solchen Gewerbes, bei denen man voraussetzen kann, daß sie gründlich darüber urtheilen können, unter sich bestimmt werden. Wie viel dann jeder Einzelne dieses Gewerbes zu dieser Antheilsumme beizutragen haben wird, sollen die Gewerbsgenossen, geleitet von Jenen, unter sich ausmachen, wobei ihnen eine anderweitige, nach festen Grundsätzen und nach Prozenten berechnete Scala zum Antheil dient.

Man beabsichtigt damit für die Zukunft einer Menge Beschwerden auszuweichen, daß der eine Gewerbsgenosse gegen den andern, und daa eine Gewerbe gegen das andere, nach Verhältnis zu hoch besteuert worden sei, da man mit Grund voraussetzt, daß hierin die Gewerbtreibenden selbst am Besten urtheilen können. Allerdings möchte zu befürchten sein, daß dabei Streitigkeiten vorkommen können, doch vertraut man dem gesunden Sinne, der Einsicht und Billigkeit eines Jeden, daß er selbst das Gute dieser Einrichtung anerkenne, und dahin mitwirke, daß der damit beabsichtigte Endzweck möglichst und auf eine ihn und Neufkirchen ehrende Weise erreicht werde, und somit die geither so häufigen Klagen über ungerechte Besteuerung wegfallen. Das Nähere über diese Einrichtung kann heute aus Mangel an Zeit nicht mitgetheilt werden, später wird es gebracht, und auch über seinen Erfolg berichtet.

Ferner will man die Verbesserung der Straßen in der Stadt, so wie es die Bitterung gestat-

tet, kräftig in Angriff nehmen, was auch um so mehr nöthig ist, als eine große Zahl derselben in den traurigsten Zustand gekommen ist.

Außerdem läßt sich hoffen, daß sobald die größte Menge der vielen vorliegenden dringenden Arbeiten es zuläßt, Veranstaltung zu der seit länger als zwanzig Jahren vergeblich gewünschten und versprochenen Leihkasse, hauptsächlich aber einer geregelten und zweckmäßigen Feuerordnung getroffen werde. Denn wenn auch seit dem Brande 1840, Dank sei es der rühmlichen Sorgfalt der Neufkirchner in Behandlung des Feuers! kein irgend erheblicher Brand entstanden ist; so ist doch keine Sicherheit vorhanden, daß es immer so fortgehen werde, und einzelne Stadttheile in dieser Hinsicht immer noch einer sehr großen Gefahr ausgesetzt sind. So viel bekannt, ist in Betreff dieser Angelegenheit seit 1840, und, wie die Herren Stadtrathsmitglieder selbst bekennen werden, Unzureichendes geschehen. Damit soll denselben, wie auch den Herren Stadtverordneten durchaus kein Vorwurf gemacht werden, da es stadtkundig ist, wie sich Jeder derselben, namentlich Herr Schatz schon vor langen Jahren leider vergebens darum bemüht hat, und wird es aus diesem Grunde für unnöthig gehalten, dieselben auf den Nutzen und die Dringlichkeit dieser Maßregel aufmerksam zu machen. Daß nach diesen Anordnungen eine auf zweckmäßigen Prinzipien gegründete Armenordnung, verbunden mit einer Beschäftigungsanstalt für Arme, etwa nach dem Muster der Detsnitzer getroffen werden, ist wahrscheinlich.

Die Wünsche für den Bau eines neuen Armenhauses, für Errichtung einer Sparkasse und einer Leihanstalt können unter den jetzigen Umständen natürlich noch auf keine Befriedigung hoffen.

Dankenswerth ist es, daß dem zuletzt in der That so lästig gewordenen Bettelunwesen auf so wirksame Art abgeholfen worden ist.

Gespräche über politische Gegenstände sind glücklicherweise seltener geworden; mehr die über Communalangelegenheiten in den Vordergrund getreten; insbesondere hört man nichts mehr von den sonst so häufigen Befürchtungen wegen dem albernen Communismus.

So viel für heute im Allgemeinen; specielleres in einem der künftigen Blätter. W. F.

Kirchliche Nachrichten.

Am Sonntage Palmorum hält die Confirmation der Catechumenen, Vorm. halb 10 Uhr, Hr. P. Wimmer.

Gebörner: 35) Eine unehel. todgeb. F. in Remtengrün. 36) Mstr. Joh. Glieb Zimmer's, Schneiders u. Einw. in Hermsgrün S. Joh. Furchtegott.

Beerdigte: 26) Estiane Magd. Zollfrank in Remtengrün, eine unverh. Frauensperson, 26 J. 1 M. mit 9 P.

Bekanntmachung.

Die behufs der Einrichtung der Justizamtsgebäude zu Adorf zu einem Bezirksgericht und der Vergrößerung der Frohnfeste daselbst erforderlichen Maurer- und Zimmerarbeiten mit Einschluß der Materialien und der Handlangerlöhne sollen an die Mindestfordernden vergeben

werden. Indem solches hiermit veröffentlicht wird, werden diejenigen Baugewerke, welche die Ausführung der fraglichen Arbeiten übernehmen wollen, aufgefordert, sich in der Expedition des mitunterzeichneten Rentamtes einzufinden, daselbst die betreffenden Zeichnungen und sonstigen schriftlichen Nachweisungen einzusehen und ihre Gebote längstens

bis zum 30. April a. c.

abzugeben, worauf, mit Vorbehalt der Auswahl unter den Licitanten, der Accord mit demjenigen oder denjenigen, auf welche die Wahl gefallen, abgeschlossen werden wird.

Landbauamt Zwickau, und Rentamt Bolztsberg, den 5. April 1851.

Im Auftrag
Krug.

H. G. Weise.

Bekanntmachung.

Von dem Gesetz- und Verordnungsblatte für das Königreich Sachsen auf das Jahr 1851 ist eingegangen das 6. und 7. Stück, welche enthalten:

- Nr. 17. Decret wegen Bestätigung der Statuten des in Dresden, für das Asyl für erwachsene taubstumme Mädchen begründeten Vereins; v. 10. Febr. 1851.
- Nr. 18. Decret, wegen Bestätigung der Statuten der neuen sächs. Flußversicherungsgesellschaft in Leipzig; vom 24. Febr. 1851.
- Nr. 19. Decret, wegen Bestätigung der städtischen Sparcassenanstalt zu Budissin; vom 28. Febr. 1851.
- Nr. 20. Decret, wegen Bestätigung der städtischen Leichenanstalt zu Budissin; vom 28. Febr. 1851.
- Nr. 21. Verordnung, den Schluß der Landrentenbank betr.; vom 20. März 1851.
- Nr. 22. Bekanntmachung, die telegraphische Verbindung des Königreichs Sachsen mit Belgien betr.; vom 20. März 1851.
- Nr. 23. Gesetz, die Angelegenheiten der Presse betr.; vom 14. März 1851.
- Nr. 24. Verordnung zu Ausführung des Gesetzes, vom 14. März dieses Jahres, die Angelegenheit der Presse betr.; vom 15. März 1851.
- Nr. 25. Bekanntmachung, vom 26. März 1851, und auch bereits an den gewöhnlichen Orten zur allgemeinen Einsicht ausgelegt worden sind.

Adorf, den 3. April 1851.

Der Stadtrath daselbst.
Schmidt, Bgmstr.

Bekanntmachung.

Indem diejenigen, welche bis mit dem verfloffenen Jahre 1850 annoch Kapital-, Erb- und Wachsins in das hiesige Kirchenarar restituiren, hierdurch nochmals erinnert werden, sothane Reste nunmehr sofort und längstens bis zum 26. April dieses Jahres an den Herrn Kirchenvorsteher Elias Zenker zu berichtigen, bemerkt man zugleich, daß nach Ablauf dieser Frist eine gütliche Erinnerung nicht weiter erfolgen, sondern sogleich die gerichtliche Eintreibung dieser Reste beantragt werden wird.

Adorf, den 3. April 1851.

Der Stadtrath daselbst.
Schmidt, Bgmstr.

Bekanntmachung.

Künftigen Freitag, den 11. April d. J. Abends halb 8 Uhr:

Öffentliche Stadtverordneten-Sitzung im Schießhause.

Adorf, den 8. April 1851.

F. G. Wunderlich, Vorsteher.

Einladung zu den Schulprüfungen.

Donnerstag und Freitag, den 10. und 11. dies.

Mon., sollen die öffentlichen Prüfungen an der hiesigen Schule und zwar

Donnerstag Vormittags — von 7½ Uhr an — mit der 1. und der 2. Knabenklasse, Nachmittags — von 2 Uhr an — mit der 3. Knaben- und vereinigten Elementarklasse, Freitag Vormittags von 8 — 11 Uhr mit der 1. Mädchenklasse, Nachmittags — von 2 Uhr an — mit der 2. und der 3. Mädchenklasse im Saale der Bürgerschule vorgenommen werden; auch wird am letztgenannten Tage von 11 — 12 Uhr die Entlassung der Konfirmanden erfolgen.

Zu diesen Schulfeierlichkeiten werden alle Väter und Mütter unserer Zöglinge, so wie Gönner und Freunde unserer Schule mit der Bitte um recht zahlreiche Theilnahme ganz ergebenst eingeladen.

Adorf, den 7. April 1851.

Im Namen des Lehrerkollegiums
M. Lohse, R.

Verkauf.

Mehrere Sorten Dampfmehl und Passauer Schmelzbutter wird billig verkauft bei
Sippach.

Heuverkauf. 15 bis 18 Centner gutes Heu sind sofort zu verkaufen bei

Henriette Glas in Adorf.

Damenpußverkauf. Die neuesten Puß- und Modewaaren, sowie auch die neuesten Fecons in Stroh-, Bordür- und Kofshaarhüten empfiehlt zum bevorstehenden Adorfer Jahrmarkt zu billigen Preisen; desgleichen auch Strohhüte zum Waschen und Modernisiren besorgt

Josephine Rauschel aus Delenitz.

Verkaufsort: bei Fleischerstr. Schanz am Markte.

Verpachtung. Ein Aeckerlein Feld mit Wiesflod in der Ameisloh gelegen, ist zu verpachten bei

Friedrich Wilhelm Wunderlich.

Stablissemens-Anzeige.

Nachdem ich meinen Gasthof, zum schwarzen Bär, nunmehr vollständig eingerichtet habe, so verfehle ich nicht, dies einem geehrten hiesigen und auswärtigen Publikum hiermit ergebenst anzuzeigen. Desgleichen beabsichtige ich vorläufig alle Donnerstage Abends in meinen obern Räumen vom besten Adorfer Bier zu schenken; bitte daher recht sehr um zahlreichen Besuch.

Adorf, den 8. April 1851.

Gotthilf Raundorf.

Auszuhehen. 200 Thlr. — — und 300 Thlr. — — liegen bei dem Unterzeichneten gegen Hypothek zum Ausleihen bereit.

Neukirchen, den 2. April 1851.

Ger. Dir. Adv. Schubarth.

Lehrlingsgesuch. Ein junger Mensch, von achtbarer Familie, welcher Lust hat, Buchbinder und Galanteriearbeiter zu werden, kann zu Ostern antreten bei

F. A. Schmidt in Adorf.